

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Sozialausschusses am 26.08.2015
(9. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bericht der Verwaltung über die kurzfristige Errichtung einer Notunterkunft der Flüchtlingserstaufnahme in der Turnhalle des Mataré-Gymnasiums und zur Situation der Flüchtlinge in dieser Einrichtung - mündlicher Vortrag -	4
3 Bericht über die aktuellen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Flüchtlingshilfe in Meerbusch - mündlicher Vortrag -	5
4 Bericht der Verwaltung über die aktuelle Gesamtzahl der Flüchtlinge in Meerbusch, die Belegung und freien Kapazitäten aller Flüchtlingsunterkünfte in der Kommune Vorlage: FB2/0079/2015	6
5 Bericht der Verwaltung über die geplante Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen der Zuweisungen in den kommenden Wochen und Monaten - mündlicher Vortrag -	6
6 Festlegung eines Termins für eine Ortsbegehung der Notunterkunft Mataré-Turnhalle durch die Mitglieder des Sozialausschusses	7
7 Bericht der Verwaltung über die Organisation des Schul- und Vereinssports für die Zeit, in der die Mataré-Turnhalle nicht zur Verfügung steht - mündlicher Vortrag -	7
8 Anträge	8
8.1 Antrag der SPD Fraktion vom 18.08.2015 - Flüchtlingsbeauftragte/r Vorlage: FB2/0077/2015	8
9 Anfragen	8
9.1 Anfrage der SPD Fraktion vom 18.08.2015 - Unterbringungskapazitäten für Flüchtlinge Vorlage: FB2/0032/2015	8
10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
11 Termin der nächsten Sitzung: 22. September 2015	8
12 Verschiedenes	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Gabriele Pricken
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Frau Marlies Homuth-Kenklied	Ratsmitglied	
Frau Nicole Joliet-Heising	Sachkundige Bürgerin	
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied	
Herr Wolfgang Schwenzer	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Helga Hermanns
Herr Peter Vossen	Sachkundiger Bürger	anwesend bis 19.00 Uhr, TOP 3
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Katja Giesen, anwesend bis 18.45 Uhr, TOP 3

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka	Ratsmitglied	
Herr Torsten Schmitt	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Guido Fliege

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather	Sachkundiger Bürger
-------------------	---------------------

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Janßen	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Michael Eckert
------------------	--------------	-------------------------------------

Beratende Mitglieder

Herr Albert Güllmann	Seniorenbeirat
Frau Natalie Napp	Fraktion Aktive Bürger Meer- busch - Die Aktiven

Stellv. beratendes Mitglied

Frau Ute Hoffmann	stellv. Behindertenbeauftragte	Vertretung für Herrn Dr. Lothar Chaillié
-------------------	--------------------------------	---

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Frau Beatrix Dreyer	Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Bettina Scholten

Fachbereich 2

Gäste

Herr Dirk Hermes

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Frau Berit Sonnenburg

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

Frau Dorota Hegerath

Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH

Frau Vivian Hildebrandt

Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié

Behindertenbeauftragter

Herr Wilfried Pahlke

Wohlfahrtsverbände

Vor Eröffnung der Sitzung begrüßt Vorsitzender Focken die Anwesenden und richtet unter Bezugnahme auf die weltweite Flüchtlingssituation und die aktuelle Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einige persönliche Worte an die Ausschussmitglieder. Insbesondere dankt er im Namen der Menschlichkeit allen Meerbuscherinnen und Meerbuschern für deren unermüdlichen Einsatz und die große Spendenbereitschaft im Zusammenhang mit den Flüchtlingen.

Anschließend eröffnet er die Sondersitzung, die auf Antrag der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei einberufen wurde, und stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Herr Heiner Drabiniok, der sich in der Lanker Flüchtlingshilfe engagiert, verweist auf die notwendige Einrichtung einer Fahrradwerkstatt für die Flüchtlinge. Frau Heike Gottschalk erwähnt in diesem Zusammenhang Aktivitäten an der Flüchtlingsunterkunft „Cranachstraße“.

Erster Beigeordneter Maatz erläutert vor diesem Hintergrund nochmals die im Aufbau befindliche Serviceeinrichtung für Flüchtlinge in Strümp in den Räumlichkeiten des Pappkartons, deren Etablierung infolge der aktuellen Ereignisse etwas in Zeitverzug geraten sei. Dort befasse man sich aber grundsätzlich auch mit dem Thema Fahrradwerkstatt. Vorsitzender Focken informiert zudem über entsprechende Aktivitäten der Bösinghovener und Osterather Flüchtlingshilfe.

2 **Bericht der Verwaltung über die kurzfristige Errichtung einer Notunterkunft der Flüchtlings-erstaufnahme in der Turnhalle des Mataré-Gymnasiums und zur Situation der Flüchtlinge in dieser Einrichtung - mündlicher Vortrag -**

Erster Beigeordneter Maatz informiert ausführlich über die in Amtshilfe für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgte Einrichtung der Notunterkunft für Flüchtlinge in der Dreifachturnhalle des städt. Mataré-Gymnasiums.

Am Donnerstag, 30.07.2015 um 9.41 Uhr habe er den Anruf durch die zuständige Bezirksregierung Arnsberg und somit den Auftrag erhalten, bis zum 03.08.2015, 18.00 Uhr, die Unterbringung von 150 Flüchtlingen im Wege der Amtshilfe sicherzustellen.

Der einberufene „Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE)“, besetzt aus Mitarbeitern verschiedener städtischer Bereiche, der Polizei, der Feuerwehr und der ortsansässigen Hilfsorganisationen, habe dann umgehend mit der Realisierung des Vorhabens angefangen. Nach der getroffenen Standortentscheidung sei unmittelbar mit den notwendigen Beschaffungen und der baulichen Herrichtung begonnen worden. Die Aktivierung der verschiedenen Akteure und Helfer wie auch die Öffnung notwendiger Kommunikationswege habe sehr gut funktioniert, so dass schließlich die Untersuchung, Registrierung sowie Aufnahme und Versorgung der ersten Flüchtlinge, auch bereits vier Stunden früher als ursprünglich angekündigt, reibungslos sichergestellt werden konnte. Am Dienstag, 04.08.2015, um 18.00 Uhr, seien die zunächst letzten Ankömmlinge versorgt worden.

Erster Beigeordneter Maatz bedankt sich bei allen beteiligten Haupt- und Ehrenamtlichen für ihr engagiertes Mitwirken. Gemeinsam habe man diese neue Herausforderung sehr gut bewältigt. Dies sei auch seitens der Bezirksregierung und des Landrates bestätigt worden. Allerdings gehe er davon aus, dass man sich unter Berücksichtigung der nach wie vor nicht quantifizierbaren Flüchtlingsströme noch weiteren Herausforderungen stellen müssen.

Im Anschluss informieren Frau Sonnenburg und Herr Hermes von der Johanniter-Unfallhilfe e.V., welche die Betriebsträgerschaft der Einrichtung übernommen hat, über die Organisation und Abläufe vor Ort.

Man habe die Dreifachhalle mittels der Trennwände in drei Bereiche aufgeteilt. Zwei davon würden durch Familien und eine durch männliche Einzelpersonen genutzt.

Die Johanniter unterstützten die Bewohner bei allem was im Alltag in der Einrichtung anfalle und wobei Hilfe benötigt werde. Neben notwendigen Beschaffungen werde beispielsweise auch im Umgang mit Einmalwindeln oder bei der Organisation von Arztbesuchen geholfen. Auch die Organisation und Abwicklung der Essenszeiten sei zunächst eine logistische Herausforderung gewesen.

Trotz der unterschiedlichen Nationalitäten und kulturellen Hintergründe sei das Miteinander aber von Anfang an gut und friedlich gewesen. Dieser Zustand halte auch nach wie vor an.

Anfragen aus dem Ausschuss werden wie folgt beantwortet:

Eine Beschäftigung und soziale Begleitung der Kinder und auch Erwachsenen werde durch den Freiraum e.V. als Träger der Jugendhilfe in Kooperation mit den Ehrenamtlichen sichergestellt. Sprachliche Probleme werden durch mehrsprachige Mitarbeiter der Johanniter und ehrenamtliche Dolmetscher reduziert. Sämtliche Kosten für die Einrichtung, mit Ausnahme der städtischen Personalkosten, trage das Land. Wie lange die Flüchtlinge in Meerbusch bleiben würden, obliege allein der Entscheidung der Bezirksregierung und sei durch die Stadt nicht beeinflussbar. Bislang habe es noch keine Fluktuation gegeben. Es sei davon auszugehen, dass die Notunterkunft auch über den Herbst hinaus benötigt und insofern auch winterfest gemacht werden müsse. Eine Kontaktaufnahme zu anderen Religionsgemeinschaften, wie beispielsweise einer Moscheegemeinde, könne aus zeitlichen Gründen noch nicht erfolgen. Unter den Flüchtlingen in der Notunterkunft befände sich eine Person, deren Personendaten offensichtlich unzutreffend gewesen seien und die als unbegleiteter Minderjähriger in Obhut genommen worden sei. Bei der Zuweisung der Flüchtlinge zu den Notunterkünften werden im Hinblick auf die Barrierefreiheit die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt, insofern sei Meerbusch keine Menschen mit nennenswerten Mobilitätseinschränkungen zugeteilt worden.

3 Bericht über die aktuellen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Flüchtlingshilfe in Meerbusch - mündlicher Vortrag -

Anhand einer Folienpräsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, informieren die Mitarbeiterinnen der Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss umfangreich über die bisherigen Aktivitäten der haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in Meerbusch.

Während Frau Hildebrandt zunächst die Aufgaben der sozialpädagogischen Betreuung durch Diakonie und Caritas in den städtischen Asylbewerberunterkünften erläutert, widmet sich Frau Hegerath in erster Linie der Darstellung der koordinierenden Aufgaben und des bestehenden Netzwerkes bezüglich der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe. Vor dem Hintergrund der Errichtung der Notunterkunft in der Turnhalle des Mataré-Gymnasiums hebt sie die Aktivitäten zur vorzeitigen Inbetriebnahme der Kleiderkammer hervor. Tonnenweise seien Kleidungsstücke und andere Sachspenden im Pappkarton entgegengenommen und sortiert worden. Nach dem Transport nach Buderich sei dann die Ausgabe

der Spenden in der Christuskirche und danach in Heilig Geist an die Flüchtlinge der Notunterkunft, die im Auftrag des Landes vollumfänglich, also auch mit notwendiger Bekleidung, zu versorgen sind, erfolgt.

Abschließend berichtet Frau Hegerath von der Kooperation und Vernetzung der Flüchtlingshilfen im Rhein-Kreis Neuss und den daraus auch für Meerbusch resultierenden Synergieeffekten. In diesem Zusammenhang verweist sie insbesondere auf die Internetseite www.neue-nachbarn-im-kreis-neuss.de, die einen Überblick über die nach einer umfangreichen Bestandsaufnahme ermittelten Projekte und Ansprechpartner im Rhein-Kreis Neuss gibt.

Auf Rückfrage aus dem Ausschuss erklärt Herr Annacker, dass landesweit die Versorgung der Menschen in den Notunterkünften mit Bekleidung durch Kleiderkammern sichergestellt werde. Sofern dies im Einzelfall nicht möglich sei, müssten Alternativen mit dem Land im Hinblick auf die notwendige Kostenübernahme erörtert werden.

4 Bericht der Verwaltung über die aktuelle Gesamtzahl der Flüchtlinge in Meerbusch, die Belegung und freien Kapazitäten aller Flüchtlingsunterkünfte in der Kommune
Vorlage: FB2/0079/2015

Erster Beigeordneter Maatz erläutert die Informationsvorlage und erklärt nochmals ausführlich das Zuweisungsverfahren der Flüchtlinge vom Bund über das Land bis schließlich hin zur Kommune und die damit verbundenen nicht planbaren möglichen Auswirkungen.

5 Bericht der Verwaltung über die geplante Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen der Zuweisungen in den kommenden Wochen und Monaten - mündlicher Vortrag -

Verwaltungsseitig wird erklärt, dass es vor dem Hintergrund der anhaltenden Flüchtlingsströme Daueraufgabe einer Stadt sei, zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Die Anzahl der Vermittlung von Flüchtlingen in Privatwohnungen sei infolge der Knappheit preiswerten Wohnraums in Meerbusch nicht nennenswert. Insofern müssten auch zukünftig Immobilien zu Unterkünften umgebaut und hergerichtet werden, wie zuletzt mit der Geschäftsstelle der Malteser an der Uerdinger Straße geschehen. Diese könne nunmehr im Falle weiterer Zuweisungen sofort belegt werden.

Hinsichtlich weiterer Maßnahmen werde die Verwaltung auf der Sitzung des Sozialausschusses am 22.09.2015 ein umfassendes Konzept vorlegen, welches befristete wie auch unbefristete Unterbringungsmöglichkeiten aufzeigen werde und ferner auch die Schaffung von öffentlich gefördertem Wohnraum für Flüchtlinge berücksichtigen werde. Die Darstellung werde beinhalten, wo und wie in den kommenden Jahren Flüchtlinge im Stadtgebiet untergebracht und integriert werden sollen und wie die Stadt dieser Aufgabe, trotz der noch nicht bekannten Zahlen, Rechnung tragen wolle. Dabei müssten die regulären Zuweisungen zur Kommune wie auch möglicherweise weitere Maßnahmen im Rahmen der Amtshilfe bedacht werden.

Ratsherr Janßen kritisiert die Vorgehensweise der Verwaltung dahingehend, dass man mit der Vorlage des Konzeptes erst so kurz vor der anstehenden Ratssitzung als Fraktion keinen hinreichenden Handlungsspielraum mehr habe und gerade deshalb auch die heutige Sitzung beantragt worden sei. Ratsfrau Niegeloh bestätigt die Notwendigkeit der frühzeitigen Vorlage einer Planung unter Berücksichtigung eines festgelegten Qualitätsstandards, um als Fraktion infolge des Handlungsdrucks nicht regelmäßig vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Es sei selbstverständlich, dass es dann in der Folge auch zu notwendigen Änderungen eines Konzeptes kommen könne.

Erster Beigeordneter Maatz erwidert, dass insbesondere im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit der angedachten Maßnahmen durch die verschiedenen beteiligten Stellen eine konkrete Verdichtung dessen, was er heute vorgetragen habe, nicht zielführend sei.

Auf Anregung von beratendem Mitglied Napp, Kostenvoranschläge für die Unterbringung von Flüchtlingen auf Hotelschiffen einzuholen, erklärt der Erste Beigeordnete, dass im Hinblick auf die aus der Praxis bekannte Unbedarftheit der Flüchtlinge hinsichtlich der Gefährdungslagen am Rheinufer wie auch im Hallenbad eine solche Maßnahme nicht Bestandteil des Maßnahmenkataloges werden würde.

6 Festlegung eines Termins für eine Ortsbegehung der Notunterkunft Mataré-Turnhalle durch die Mitglieder des Sozialausschusses

Ausschussvorsitzender Focken spricht die Empfehlung aus, von der gewünschten Besichtigung im Interesse der Bewohner Abstand zu nehmen und erhält mehrheitlich Zustimmung zu seinen Ausführungen.

Erster Beigeordneter Maatz teilt in diesem Zusammenhang mit, dass es eine Begehung nicht geben werde. Er habe diese Entscheidung zum Schutz der Einrichtung und ihrer Insassen bereits getroffen und folge damit auch den Empfehlungen des Landes, in dessen Auftrag die Einrichtung geführt werde.

Ratsherr Janßen stellt klar, dass mit dem Antrag ja keine touristische Besichtigung beabsichtigt sei, sondern lediglich die Absicht verfolgt werde, sich als Ausschuss ein besseres Bild zu machen. Sofern alternative Information dazu beitragen könnten, werde die Fraktion auch auf die Begehung verzichten. Ratsherr Berthold kann dem Antrag insoweit folgen, als man damit ausschließen wolle, Beschlüsse zu fassen, die eigentlich nicht mit den eigenen Anforderungen übereinstimmen. Diesbezüglich erwidert die Verwaltung, dass es im Rahmen des Aufbaus durchaus möglich gewesen sei, sich ein persönliches Bild zu machen.

Infolge der eindeutigen Aussagen des Ersten Beigeordneten zur rechtlichen Einordnung in der Sache erfolgt keine Abstimmung bezüglich des Antrages.

7 Bericht der Verwaltung über die Organisation des Schul- und Vereinssports für die Zeit, in der die Mataré-Turnhalle nicht zur Verfügung steht - mündlicher Vortrag -

Laut Bericht des Ersten Beigeordneten Maatz sei in der Sache zwischen der Ebene der Schulen und der der Vereine zu unterscheiden. Die Schulleitungen hätten ihre Bedürfnisse ausgetauscht und würden entsprechend kooperieren. Neben einer stärkeren Frequentierung der Außenanlagen könne das Mataré-Gymnasium aktuell auch die Turnhalle der Gesamtschule benutzen. Eine Nutzung von Fitnesscentern oder Tanzschulen sei bislang nicht erfolgt. Hinsichtlich der Vereine sei der Stadtsporthverband, der ohnehin stadtweit für die Zuteilung der Sportflächen zuständig sei, unmittelbar tätig geworden, um hier im Einklang mit den Vereinen bedarfsgerechte Lösungen zu finden.

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD Fraktion vom 18.08.2015 - Flüchtlingsbeauftragte/r Vorlage: FB2/0077/2015

Ratsfrau Niegeloh erläutert die Intention des vorliegenden Antrages. Die heutige Situation sei eine deutlich andere als bei Einrichtung der ehrenamtlichen Koordinierung und mache eine zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltung für alle haupt- und ehrenamtlichen Aktivitäten hinsichtlich der Unterbringung und Begleitung der Flüchtlinge erforderlich. Laut Ausführung von Ratsherrn Bertholdt lehne die FDP-Fraktion den Antrag ausdrücklich ab. Ratsherr Janßen betont die Notwendigkeit einer besseren und effizienteren Darstellung der Situation und Aktivitäten nach außen.

Auf Anfrage aus dem Ausschuss bezüglich des anfallenden Mehraufwandes verweist Erster Beigeordneter Maatz auf eine für den nächsten Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss vorgesehene Vorlage der Verwaltung bezüglich der Ausweitung des Personals für die Verwaltungsaufgaben. Vor diesem Hintergrund schlägt Ausschussvorsitzender Focken vor, auch den SPD-Antrag zuständigkeitshalber an den Hauptausschuss zu verweisen und stellt den Verweisungsantrag zur Abstimmung. Er bittet die Verwaltung ausdrücklich sicherzustellen, dass der Antrag dort behandelt werde.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9 Anfragen

9.1 Anfrage der SPD Fraktion vom 18.08.2015 - Unterbringungskapazitäten für Flüchtlinge Vorlage: FB2/0032/2015

Auf die Ausführungen der Verwaltung zu TOP 5 wird verwiesen. Ratsfrau Niegeloh bittet ergänzend auch um Berücksichtigung von Konzepten zur inneren und äußeren Sicherheit der Flüchtlinge in den Unterkünften. Auf Anfrage aus dem Ausschuss erklärt Erster Beigeordneter Maatz, dass auch ein möglicher Wechsel der Notunterkunft in andere Räumlichkeiten eine Rolle im Rahmen des Maßnahmenkataloges für weitere Flüchtlingsunterkünfte spielen wird.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

11 Termin der nächsten Sitzung: 22. September 2015

Die nächste Sitzung findet entgegen der Langzeitplanung nicht am 15.09.2015, sondern erst am 22.09.2015 statt.

12 Verschiedenes

Asylbewerberunterkünfte an der Kranenburger Straße

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich nach dem Stand der Errichtung der Wohncontainer an der Kranenburger Straße. Erster Beigeordneter Maatz räumt eine zeitliche Verzögerung hinsichtlich der Fertigstellung der Unterkünfte ein. Diese sei auf die Einhaltung der umfangreichen und komplexen Vorgaben verschiedener Institutionen und Behörden hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit einer solchen Einrichtung und der damit verbundenen Abstimmungsnotwendigkeiten zurückzuführen. Mangelnde Kommunikation innerhalb einzelner Bereiche der Verwaltung sei nicht die Ursache dafür.

Multiplikatorentraining der Rheinbahn für mobilitätseingeschränkte Menschen

Ratsfrau Niegeloh informiert über das Angebot der Rheinbahn, ein Multiplikatorentraining durchzuführen. Dieses richtet sich an Menschen, die mobilitätseingeschränkten Menschen Unterstützung anbieten möchten bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Es findet bei der Rheinbahn am 08. Oktober statt und wird begleitet von der Polizei Düsseldorf. Das Training ist kostenlos, wird für 20 Personen angeboten und soll von 9:00 - 14:00 Uhr stattfinden.

Inhalt wird sein:

- Fahrtvorbereitung
- Haltestelle
- Ein- und Ausstieg, mit Rollator und ohne
- Verhalten im Fahrzeug
- Kommunikation mit Fahrer und Fahrgästen

Frau Ina Baumann werde diesen Workshop gestalten und durchführen.

Die Verwaltung erklärt sich gerne bereit, die Information an mögliche Interessenten und Einrichtungen weiterzugeben und die Anmeldungen zu koordinieren. Eine weitere Abstimmung erfolgt zwischen Ratsfrau Niegeloh und Frau Flintrop.

Meerbusch, den 11. September 2015

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Bettina Scholten
Schriftführer/in